

Landes-
hauptstadt Kiel



Niederschriften der Sitzungen der Ratsversammlung Ab 1946

Stadtarchiv Kiel
Bestand Protokolle der Ratsversammlung
Signaturen P II/64 fortlaufend

KIELER
WOCHE
1952

FESTSITZUNG DER RATSVERSAMMLUNG

FESTFOLGE

STREICHQUARTETT

ERÖFFNUNG DER FESTSITZUNG
DURCH STADTPRÄSIDENT SCHMIDT

ANSPRACHEN

FESTVORTRAG VON PROFESSOR DR. FREUND

VERLEIHUNG DES KULTURPREISES DER STADT KIEL

VERLEIHUNG VON AUSZEICHNUNGEN

SCHLUSSWORTE DES STADTPRÄSIDENTEN

STREICHQUARTETT

DIESER EINLADUNG LIEGT EINE EINLASSKARTE BEI

DIE STADT KIEL GIBT SICH DIE EHRE

ZU EINER
FESTSITZUNG DER RATSVERSAMMLUNG
ANLÄSSLICH DER KIELER WOCHE
AM MONTAG, DEM 23. JUNI 1952, UM 15 UHR
IM RATSSAAL DES KIELER RATHAUSES
ERGEBENST EINZULADEN

ES WIRD GEBETEN, BIS 14.50 UHR DIE PLATZE EINZUNEHMEN
PLATZE, DIE BIS 14.55 UHR NICHT BESETZT SIND, WERDEN
ANDERWEITIG IN ANSPRUCH GENOMMEN
UM ANTWORT WIRD GEBETEN BIS ZUM JUNI 1952

Anwesenheitsliste

Fest-Sitzung der Ratsversammlung vom:

23. Juni 1952

Lfd.
Nr.

Name:

Unterschrift:

Lfd. Nr.	Name	Unterschrift
1.	Bendfeldt, Emil	Bendfeldt E.
2.	Bendfeldt, Frieda	Bendfeldt F.
3.	Boll	Boll
4.	Book	Book
5.	Brödersen	Brödersen
6.	Engel	Engel
7.	Ešchenburg	Ešchenburg
8.	Flenker	Flenker
9.	Fischer	Fischer
10.	Franke ✓	Franke
11.	Gräber	Gräber
12.	Hansen	Hansen
13.	Hartmann	Hartmann
14.	Henkel	Henkel
15.	Hinz	Hinz
16.	Jung ✓	Jung
17.	Kascha ✓	Kascha
18.	Kletscher	Kletscher
19.	Köster	Köster
20.	Kuhn	Kuhn
21.	Kowalewsky	Kowalewsky
22.	Krüger	Krüger
23.	Langbehn ✓	Langbehn
24.	Lüdemann	Lüdemann
25.	Lütgens ✓	Lütgens
26.	Lüthje	Lüthje

Lfd.
Nr.

Name:

Unterschrift:

Lfd. Nr.	Name:	Unterschrift:
27.	Marth	<i>Marth</i>
28.	Müller ✓	
29.	Neumann	<i>Neumann</i>
30.	Nolte	
31.	Ohge ✓	
32.	Ratz	<i>Ratz</i>
33.	Ritter	<i>Ritter</i>
34.	Rüdel, Dr.	
35.	Schatz	<i>Schatz</i>
36.	Schmidt ✓	
37.	Schubert	
38.	Sievers, Dr.	<i>Sievers</i>
39.	Steinert	<i>Steinert</i>
40.	Stolze	
41.	Thaddey	<i>Thaddey</i>
42.	Thiede	<i>Thiede</i>
43.	Vormeyer	<i>Vormeyer</i>
44.	Wegener	<i>Wegener</i>
45.	Willumeit	<i>Willumeit</i>

N i e d e r s c h r i f t

über die Festsitzung der Ratsversammlung anlässlich der
"Kieler Woche 1952"
am 23. Juni 1952, Rathaus, Ratssaal.

- - -

Beginn: 15.00 Uhr Ende: 16,30 Uhr

Anwesend: Stadtpräsident Schmidt.

Stadträte: Frau Hinz, Kowalewsky, Langbehn, Schatz,
Dr. Sievers, Thaddey, Thiede.

Ratsherren: Bendfeldt, Frau Bendfeldt, Boll, Book,
Frau Brodersen, Engel, Eschenburg, Flenker,
Frau Franke, Graber, Frau Hansen, Hartmann,
Henkel, Frau Jung, Kascha, Kuhn, Krüger,
Lüdemann, Lütgens, Marth, Müller, Neumann,
Ohge, Ratz, Ritter, Steinert, Vormeyer,
Wegener, Willumeit.

Es fehlen: Stadträte: Köster, Lühje, Dr. Rüdell,
Schubert. Ratsherren: Fischer, Kletscher,
Nolte, Frau Stolze.

Als hauptamtliche Mitglieder des Magistrats sind

anwesend: Oberbürgermeister Gayk,
Bürgermeister Dr. Fuchs, Frau Stadtschul-
rätin Jensen, Stadtbaurat Jensen, Stadt-
räte Borchert und Voss.

Als Gäste sind u.a. anwesend: Präsident des Deutschen
Bundestages Dr. Ehlers, Landesminister des
Innern Dr. Dr. Pagel, Landtagspräsident Ratz,
Frau Bürgermeister a.D. Schröder - Berlin -,
Bürgermeister Dr. Nevermann - Hamburg -,
Bürgermeister Kaisen - Bremen -, Mitglie-
der des Deutschen Bundestages; Mitglieder
des Schleswig-Holsteinischen Landtags,
Ministerialdirektoren der Landesregierung,
Rektor, Prorektor und Dekane der Universi-
tät, Vertreter aus Dänemark, Schweden, Eng-
land, Norwegen, Finnland, Schweiz, Öster-
reich.

Vorsitzender: Stadtpräsident Schmidt.

Schriftführer: Ratsherr Neumann

Schriftführergehilfe: Stadtinspektor Knuth.

- - -

Name: W. Pfeiffer

Über die Festsetzung der Ratversammlung anlässlich der
"Kieler Woche 1952" am 27. Juni 1952, Rathaus, Ratssaal.

Beginn: 15.00 Uhr
Ende: 16.30 Uhr

Tagesordnung

Anwesend: Stadtpräsident Schmidt.

1. Streichquartett
2. Begrüßung durch den Stadtpräsidenten
3. Ansprache des Landesminister des Innern Dr. Dr. Pagel
4. Ansprache Seiner Magnifizenz Prof. Dr. Weise
5. Festvortrag: von Prof. Dr. Freund über "Die Gemeinde als Zelle des politischen Lebens"
6. Verleihung des Kulturpreises der Stadt Kiel
7. Auszeichnung einer Schule für besondere pädagogische Leistungen
8. Praktische Vorführung der gestifteten Orffschen Instrumente durch die Musikgruppe der Fröbel-Schule
9. Schlußworte des Stadtpräsidenten

Vorsitzender: Stadtpräsident Schmidt.
Schriftführer: Ratsherr Neumann
Schriftführerschilfe: Stadtnsektor Knuth.

Stenographischer Bericht

über die

Festsitzung der Ratsversammlung

der Stadt Kiel anlässlich der Kieler Woche am
Montag, dem 23. Juni 1952, im Kieler Rathaus

- - -

Stenographische Aufnahme:

Dipl. Volkswirt Willy Kühnel, Parlamentsstenograph

Frau Gertrud Rogge, Parlamentsstenographin

Stadtpräsident Schmidt:

Herr Bundestagspräsident! Herr Landtagspräsident! Herr Innenminister! Magnifizienz! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe die Ehre, hiermit die Festsitzung der Ratsversammlung anlässlich der Kieler Woche zu eröffnen. Ich darf Sie alle auf das herzlichste begrüßen. Die Stadt Kiel ist stolz und glücklich, auch in der diesjährigen Kieler Woche wieder zahlreiche prominente Gäste aus dem In- und Auslande begrüßen zu können. Viele davon sind heute in diesem Saal anwesend. Ihnen gilt mein besonderer Gruss.

Die Kieler Woche stellt Jahr für Jahr einen besonderen Höhepunkt im kommunalen Leben unserer Stadt dar. Nach zwölf Monaten schwerer, sorgenreicher und mühevoller Arbeit findet sich die grosse Gemeinschaft der Kieler Bürger mit ihren Gästen zu einer frohen, festlichen Woche zusammen. Es erfüllt uns mit besonderer Freude, dass wir damit auch in unserer zerrissenen und an Gegensätzen so reichen Zeit die Lebensgemeinschaft einer Großstadt sichtbar zum Ausdruck bringen können.

Die Kieler Woche ist nicht die Angelegenheit einer kleinen Gruppe oder der engeren Stadtführung. Sie ist vielmehr im Bewusstsein aller Kieler Bürger fest verankert. Es gibt im reichen kommunalen Leben der Bundesrepublik wohl keine großstädtische Veranstaltung, die man vergleichsweise danebenstellen könnte. Wohl gibt es Festwochen von hohem, kulturellen Niveau, Sport- und Volksfeste von bleibender Wirksamkeit. Die Verschmelzung aller dieser Erscheinungen zu einer lebendigen Einheit ist uns hier in Kiel, in Deutschland nördlichster Hauptstadt, gelungen. Ich bin stolz und glücklich darüber, dass sich die Kieler Woche, in dem Sinne bewährt, hat, dass sie den Boden für enge, freundschaftliche

Beziehungen zu den skandinavischen Ländern bereitet. Auch in diesem Jahre haben alte und neue Freunde aus Dänemark, Norwegen, Schweden und Finnland den Weg zu uns gefunden. Ihnen gilt der besondere Willkommensgruss der Stadt Kiel.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Festsitzung der Ratsversammlung gehört zu den traditionellen Veranstaltungen der Kieler Woche. Für den, der das Wesen der Kieler Woche erkannt hat, ist es selbstverständlich, dass die oberste politische Vertretung unserer Gemeinde während der Kieler Woche zusammentritt; nicht um Einzelberatungen laufender Angelegenheiten durchzuführen, sondern um ein echtes Bekenntnis zu den lebendigen Kräften der Selbstverwaltung abzulegen. Es entspricht dem repräsentativen Charakter dieser Veranstaltung, dass wir uns neben dem Festvortrag der Würdigung besonderer Leistungen widmen. So sind wir, wie Sie aus der Tagesordnung ersehen, in der glücklichen Lage, erstmals den Kulturpreis der Stadt Kiel zu verleihen. Aber auch in dieser festlichen Stunde wollen wir der Schwere der noch vor uns liegenden Aufgaben gedenken. Sie, meine Damen und Herren der Stadtvertretung, wissen am besten, wie sehr wir mit unseren Bestrebungen eingespannt sind in den grossen Bogen zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Es ist vielleicht auch mit reichlichen materiellen Voraussetzungen nicht einfach, den Wiederaufbau einer nahezu total zerstörten Großstadt durchzuführen. Unendlich viel schwieriger aber ist es, an diese Aufgabe mit leeren Händen heranzugehen. Und doch hat bislang das feste Vertrauen auf die eigene Kraft und der nimmermüde Aufbauwille der Bevölkerung beachtenswerte Erfolge gebracht. Wenn ich heute zurückblicke darauf, wie Jahr für Jahr zur Kieler Woche der Aufbau unserer Stadt immer mehr Form gewonnen

hat, dann muss ich sagen, dass die Kieler Bürgerschaft auf diese Leistungen stolz sein kann. Vielleicht können wir mit Goethe sagen: "Wo viel verloren wird, da ist auch manches zu gewinnen!" Eines ist aber sicher: Wie bisher werden wir zäh und beharrlich ringen müssen, um Erfolge zu erreichen. Und wenn wir vielleicht auch, meine Damen und Herren, dann und wann geneigt sein sollten, vor den Schwierigkeiten zu resignieren, dann wollen wir uns immer wieder darauf besinnen, dass wir nicht nur für uns, sondern vor allem für die, die nach uns kommen, schaffen und streben. Es ist so schwer, eine Stadt wie Kiel aufzubauen. Aber wenn der feste Wille dahinter steht, alles Mögliche zu tun, dann wird und muss es gelingen. Und ich bin davon überzeugt, meine Damen und Herren, dass wir damit, im grossen gesehen, auch einen Beitrag leisten für den Aufbau einer neuen und friedlichen Welt.

Unter diesem Gedanken wollen wir in die Tagesordnung der heutigen Festsitzung eintreten. Ich darf zunächst Sie, Herr Innenminister, bitten, zu Ihrer Ansprache das Wort zu nehmen.

Dr. Dr. Pagel, Innenminister:

Herr Präsident! Hochansehnliche Festversammlung! Ich darf der Stadtvertretung und Ihnen, Herr Präsident, sowie Ihnen, Herr Oberbürgermeister, zunächst dafür danken, dass Sie mir wiederum Gelegenheit geben, in einer kurzen Ansprache das zu bestätigen, was bei uns Übung ist: die enge Verbindung zwischen der Vertretung der Landeshauptstadt und der Landesregierung und - wenn ich es bescheiden sagen darf - besonders zu dem Ministerium, das die kommunalen Interessen zu vertreten hat, wie es hier in dieser Saale ja auch oft zum Ausdruck gekommen ist, dem Ministerium des Innern.

Ich darf anknüpfen an die Worte, die der Herr Stadtpräsident vorhin bei der Begrüßung sagte, als er darauf hinwies, dass die ~~Einrichtung~~ Kieler Woche eine traditionelle Einrichtung sei, und ich glaube, dass das besonders richtig ist. Die Kieler Woche hat eine lange Tradition, und Sie, meine Damen und Herren, die Kieler, haben diese Tradition nach dem Zusammenbruch des Reiches und der Reichsgewalt wieder aufgenommen, wie ich glaube, mit Recht. Denn die Tradition spielt im öffentlichen Leben eine gleich wichtige Rolle wie in allen anderen Lebensbereichen. Wir meinen nicht die kritiklose Übernahme dessen, was einmal war, sondern die Tradition als Basis der weiteren Arbeit für die Nachfolgenden. Die Tradition gibt uns für die Gemeinschaftsaufgaben den Halt, den alles organisch Gewordene dem Vorwärtsstrebenden zu geben vermag. Im öffentlichen, staatlichen Leben unseres deutschen Volkes fehlte es leider oft an dieser Tradition und an der Möglichkeit, sie überhaupt zu bilden. Andere Völker waren weit glücklicher, weil sie auf die ununterbrochene Tradition einer

jahrhunderte alten gefestigten Staatsent/wicklung zurück-schauen konnten. Nur auf einem Gebiet waren auch bei uns die Bedingungen für die Erhaltung und Entwicklung der Tradition gegeben, und das ist das kommunale Wesen in seiner ganzen Breite und Vielfältigkeit. Nicht zuletzt diesem Umstande, so glaube ich, haben wir es zu verdanken, dass das öffentliche Leben nach dem völligen Zusammenbruch 1945 nicht ganz zum Erliegen gekommen ist. Vielleicht ist hier der Platz, noch einmal den Männern und Frauen zu danken, die damals, nach dem 8. Mai 1945, in die Bresche sprangen und die Zügel aufnahmen für die Verwaltung und für die Aufgaben der Gemeinden. Vielleicht wird eine spätere Generation erst die Verdienste gerade dieser Männer und Frauen richtig würdigen können.

Zu dem Beispiel echter kommunaler Tradition gehört zweifellos Ihre Kieler Woche. Hier hat sich über verschiedene Staatsepochen hinweg eine Einrichtung lebendig erhalten, die tief im Bewusstsein Ihrer Bürger verankert ist. Ich kann nur das bestätigen, was gerade vorhin von Ihrem Herrn Präsidenten berührt worden ist. Es hat sich gezeigt, dass diese Tradition kein Geschenk ist, das man mühelos ersitzen kann, sondern dass es wirklich schwere Arbeit und Mühe erfordert, diese Tradition zu wahren. Weiter zeigt sich hier, dass die Bewahrung nur möglich ist, wenn es gelingt, die Form der Tradition den veränderten Verhältnissen anzupassen. Es handelt sich hier um eine Fortentwicklung, die sich fast unbewusst aus der gemeinsamen Überzeugung der Bürgerschaft, der Bürgerschaftsorgane und der sonstigen

aktiven Kräfte des kommunalen Lebens ergibt. Veranstaltungen ähnlichen Charakters, freilich nicht von diesem Format, gibt es auch an anderen Orten in Schleswig-Holstein, und viele bemühen sich, eine solche Tradition neu aufzubauen. Sie alle legen Zeugnis davon ab, dass die Bürger ein echtes inneres Band mit ihrer Gemeinde verbindet.

Dieses für die Entwicklung eines lebendigen Gemeinwesens grundlegende Element liegt mir nun - wenn ich das sagen darf - als Minister des Innern und als dem für die Gemeinden und Kreise verantwortlichen Minister ganz besonders am Herzen. Darum bin ich auch der ehrlichen Überzeugung, dass Sie mit Recht aus diesem Anlass diesen Festakt hier begehen. Hier steht nicht das Bedürfnis im Vordergrund, sich in einer Sitzung gegenseitig etwa - verzeihen Sie das Wort! - unangemessenes Lob zu spenden. Diese Sitzung ist vielmehr notwendig, weil es einer Stadtvertretung zukommt, weil es ihre Pflicht ist, als Organ der Bevölkerung das kundzutun, was diese Bevölkerung selbst empfindet.

Darüber hinaus empfindet die Landesregierung natürlich auch Freude und Stolz über ihre Hauptstadt, die mit diesem Akt gleichzeitig eine Demonstration des Lebenswillens und der Lebensfreude des ganzen Landes Schleswig-Holstein äussert. Wenn wir auch immer noch das Land sind, das in unserer Bundesrepublik die grössten Sorgen zu tragen hat, dann lassen wir uns doch nicht das Recht auf diese Freude nehmen. Solange wir sie haben, fehlt es uns auch nicht an Kraft und dem nötigen Vertrauen, die uns gestellten Probleme unter allen Umständen zu meistern.

Ich darf Ihnen daher im Namen der Landesregierung Schleswig-Holstein ein glückliches Gelingen der Kieler Woche 1952 wünschen. Ich darf dazu der Überzeugung Ausdruck geben, dass die Veranstaltung auch diesmal wie bisher ein Symbol für den Lebenswillen unseres ganzen schleswig-holsteinischen Landes ist. Ich darf wünschen, dass die Tradition, die hierin zum Ausdruck kommt, ihre Fortsetzung in der Entwicklung eines echten und gesunden Eigenlebens unseres ganzen Landes Schleswig-Holstein finden möge.

(Bravo! und lebhafter Beifall.)

Stadtpräsident Schmidt:

Herr Minister! Ich danke verbindlichst für die freundlichen Worte, die Sie soeben an die Festversammlung gerichtet haben.

Ich darf nun Eure Magnifizienz bitten, das Wort zu ergreifen.

Seine Magnifizenz Prof. Dr. Weise, Rektor der Landesuniversität:

Herr Stadtpräsident! Herr Bundestagspräsident! Herr Landtagspräsident! Herr Minister! Herr Oberbürgermeister! Hochverehrte Festversammlung! Wenn ich auf einer Festsitzung der Kieler Bürgerschaft während der Kieler Woche als Rektor der Christian-Albrechts-Universität die Ehre habe, das Wort ergreifen zu können, dann wird damit zum Ausdruck gebracht, dass sich Stadt und Landesuniversität ihrer Verbundenheit wohl bewusst sind. Die Universität hat durch den glücklichen Umstand, dass ihr nach dem Verlust von grossen Teilen ihres materiellen Bestandes am Westring eine neue Wirkungsstätte geschaffen werden konnte, ihre wissenschaftliche Arbeit und ihre Lehrtätigkeit bald wieder aufnehmen können. Und wenn auch zunächst sehr viele Improvisationen nötig waren und manche Engpässe auch heute noch nicht überwunden sind, so ist es dank des unermüdlich zäh^{en} Vorwärtstrebens doch gelungen, wieder ein reges wissenschaftliches Leben aufzubauen.

In gleichem Masse aber, wie es der Universität möglich wurde, wieder ihren eigentlichen Aufgaben gerecht zu werden, konnte sie auch darangehen, ihre Beziehungen zur Öffentlichkeit stärker zu entwickeln. Es gibt wohl heute niemanden mehr, der glaubt, die stille Arbeit des Gelehrten sei etwas, das ihn überhaupt nichts angehe. Gewiss, bei dem ausserordentlich raschen Fortschritt der Wissenschaft und der ungeheuren Differenziertheit ihrer Forschungsmethoden ist es selbstverständlich nicht mehr zu erwarten, dass jemand völlig ungeübt, nur mit dem sogenannten gesunden Menschenverstand, sofort in

das Ergebnis vieljährigen fleissigen Schaffens eindringen kann. Und der häufig gehörte Vorwurf, der Gelehrte könne sich ~~nicht~~ über sein Fachgebiet aussprechen, geht nach meiner Ansicht von falschen Voraussetzungen aus. Ich halte nicht viel von solchen populären Vorträgen, die völlig an der Oberfläche bleiben und sehr leicht durch Missverständnisse mehr Schaden als Nutzen stiften. Nein, die Aufgabe der Universität der Öffentlichkeit gegenüber ist es vielmehr, von der hohen Warte aus, die sie sich erkämpft hat, die geistigen Probleme der Allgemeinheit aufzugreifen und die Fähigkeiten, die bei der fachwissenschaftlichen Arbeit erworben wurden, auch für die kulturellen Belange der Gesamtheit einzusetzen.

In diesem Sinne hat die Universität in wachsendem Masse ein an die Öffentlichkeit gerichtetes Vortragswesen entwickelt, das seine Krönung in den bisherigen Universitätstagen und den Festvorträgen zur Kieler Woche findet. Hier sprechen in nun schon traditionell gewordener Weise je ein hervorragender Geistes- und Naturwissenschaftler zur Öffentlichkeit. Und wenn sich die Stadt zu ihrer heutigen Sitzung für ihren Festvortrag einen Vertreter der Universität gewählt hat, so scheint mir das ein Beweis für die Vertiefung der Beziehungen zwischen Stadt und Universität in dem obengenannten Sinne zu sein.

•
Doch erschöpft sich die Wirksamkeit der Universität nach aussen keineswegs in den genannten Vorträgen. Jeder von uns arbeitet in irgendeinem Kreis und kulturellen Vereinigungen mit, und die Stadt Kiel hat vor einem Jahre durch die Schaffung des Kulturmenats ein Gremium zur Mitarbeit an ihren kulturellen

Aufgaben berufen, das durch die Universität wesentlich mit getragen wird. Es kann hier nicht meine Aufgabe sein, die unter der Leitung meines hochverehrten Herrn Vorgängers erzielten Ergebnisse als Beispiele der Zusammenarbeit mit der Stadt Kiel aufzuzählen, so sehr auch unter anderem die Planung eines Kulturzentrums ein gewichtiges gemeinsames Anliegen von Land, Stadt und Universität ist. Ich möchte aber versichern, dass ich als derzeitiger Vorsitzender des Kultursenats bestrebt sein werde, auch hier meine Kraft einzusetzen, um die wertvollen Erfahrungen, Kenntnisse und Ideen, die die Mitglieder des Kultursenats repräsentieren, zum gemeinsamen Wohl fruchtbar zu gestalten.

Dass mit diesen Hinweisen auf den Anteil der Universität an der geistigen Entwicklung der Stadt nur ein kleines Teilgebiet aus der Fülle der gegenseitigen Beziehungen herausgegriffen ist, liesse sich noch in mancher Beziehung zeigen. Aber kehren wir nun wieder zur Kieler Woche zurück. Im Sinne der erwähnten Verbundenheit überbringe ich die Grüße der Christiana Albertina an die Stadt Kiel und wünsche dieser und den weiteren Veranstaltungen der Kieler Woche einen recht guten und erfolgreichen Verlauf.

(Lebhafter Beifall.)

Stadtpräsident Schmidt:

Ich danke Eurer Magnifizenz für die freundlichen Worte, die Sie soeben an unsere Festversammlung gerichtet haben. Die Stadt Kiel hat immer einen ganz besonderen Wert auf eine enge Verbindung zur Universität gelegt, und sie ist glücklich darüber, dass die Beziehungen zur Universität im Laufe der Jahre immer fester gestaltet werden konnten.

Um nun die Bedeutung der Gemeinde als Zelle des politischen Lebens hier deutlich sichtbar zu machen, haben wir Herrn Professor Dr. Freund gebeten, den Festvortrag zu übernehmen. Herr Professor Freund hat sich liebenswürdigerweise bereit erklärt, dieses höchst aktuelle Thema zu behandeln. Ich darf Herrn Professor Freund bitten, das Wort zu ergreifen.

Universitätsprofessor Dr. Michael Freund:

Herr Stadtpräsident! Herr Bundestagspräsident! Herr Landtagspräsident! Herr Innenminister! Herr Oberbürgermeister! Magnifizenz! Es gehört zu den grossen - man kann sagen revolutionären - Entdeckungen der modernen Zeit, als die Menschen die Gemeinde fanden. Sie fanden sie - es ist ganz wörtlich zu verstehen, sie war immer da - als örtliche Verbundenheit und als Nachbarschaft. Aber nun wurde sie zum politischen Prinzip, zur Idee der Selbstverwaltung. In der Geschichte der christlichen Kirchen war diese grosse umwälzende Entdeckung schon vorangegangen. Die Idee der kirchlichen Gemeinde, der christlichen Bruderschaft und Genossenschaft, hat, so kann man wohl sagen, eine Welt in die Luft gesprengt. Im angelsächsischen Raum zum Beispiel wurde die christliche Gemeinde zum bewussten Vorbild für die Auffassung der politischen Gemeinschaft als ein freier Zusammenschluss freier Menschen. Und die ersten Gemeinwesen in Nordamerika, die Keimzellen der heutigen Weltmacht USA, waren eine christliche Gemeinde, dann eine politische Gemeinde, bevor sie ein Staat wurden. Und in Deutschland war die Idee der Selbstverwaltung, die durch den Freiherrn vom Stein wie ein Fanfarenstoss in die deutsche Welt kam, das mächtigste politische Prinzip des 19. und 20. Jahrhunderts. Die gemeindliche Selbstverwaltung erwies sich in diesen beiden Jahrhunderten als das Bollwerk der demokratischen Idee, manchmal als ihre letzte Zufluchtsstätte und zuweilen auch als ihr Altenteil. Kein politisches Regime wagte mit Worten, wie immer auch die Praxis sein mochte, die Idee der gemeindlichen Selbstverwaltung anzugreifen. Der Freiherr vom Stein hatte es in einer besonderen Weise begriffen.

Er begriff die Selbstverwaltung der Gemeinde als eine Schöpfung der nationalen Innerlichkeit. Die Gemeinde als lebendige, innere Kraft der Nation würde fortbestehen, so meinte er, auch wenn der Staat als die äussere Hülle der Nation in den Stürmen der Zeit zusammengebrochen wäre. Steins Idee der Selbstverwaltung war ja geboren aus den Erlebnissen einer Zeit, da der Staat der Deutschen zerbrochen, versunken oder fremden Gewalten dienstbar war. Die Nation, so meinte er, sollte an innerer Kraft wettmachen, was sie an äusserer Macht verloren hatte. In Notzeiten sollte sich gleichsam die Nation verkapseln und verpuppen und so die Stürme der äusseren Welt überdauern. Der Stamm mochte zersplittern - das war seine Vorstellung -, aber aus der Wurzel der gemeindlichen Kraft würde die Nation immer wieder erwachsen.

Die Idee der Gemeinde als einer allbeherrschenden und exklusiven Lebensform entstand und entsteht - das ist ja ihre Stärke und ihre Schwäche - immer in den Epochen der Verdunkelung des Staates, und in der Not unserer Zeit, als der Staat zerbrochen, als die Nation schattenhaft geworden war, wuchsen die Ideen der unmittelbaren, gleichsam nach innen gewandten Gemeinschaft immer wieder hervor, und tausend Namen tragen diese Ideen: Nachbarschaft, Genossenschaft, Mitbürgerschaft, Brüderschaft, Bund, Partnerschaft. Fruchtbare Gedanken waren da mit sehr viel närrischen Dingen verkoppelt. Es gab eine Flucht - so kann man sagen - in die Kleinräumigkeit, die nicht immer zum Segen war. Es ist ja in der Welt immer so, dass die gefährlichsten Irrtümer die sind, die sich auf

eine Wahrheit berufen können. Und auch, wenn viele von diesen Ideen Luftspiegelungen des Heimwehs waren: die Wahrheit, die dahinter leuchtete, war damit nicht aus der Welt geschafft. Falschgeld ist ja noch nie ein Beweis gegen den Wert des Geldes gewesen.

Was ist nun die Wahrheit, die dahinter steht? Lassen Sie mich einmal ausgehen von dem Anliegen meines Lehramtes politische Wissenschaft und politische Erziehung. Dieses Anliegen ist die Erziehung der Menschen zur Anteilnahme an den öffentlichen politischen Dingen. Niemand aber versteht heute unsere Zeit, der nicht weiss, wie unendlich gebrechlich alle diese Dinge sind: Gemeingeist, Staatsgesinnung, politisches Interesse, Nationalbewusstsein. Wir haben im 19. und 20. Jahrhundert einmal gemeint, dass der Mensch zur Politik geboren wäre. Im 19. Jahrhundert hat man gesagt: "Der Mensch ist frei, auch wenn er in Ketten geboren wäre". Politik ist in der Tat Freiheit, Verantwortung, Entscheidung an der Schwelle der Zukunft, die unbekannt, dunkel und rätselhaft ist. Das Reich der Freiheit ist aber auch das Reich der Gefahr. Und es sind nicht nur die vielgeschmähten Bürokraten, sondern - wie wir alle, die wir wie die Pest den Ausnahmefall hassen, wissen - diese Ausnahmen, die wir nicht nach Schema, nach Regelung und Gewohnheit erledigen können, sondern die wir aus der Verantwortung des Augenblicks zu entscheiden haben. Wir wissen heute wahrscheinlich alle wieder, dass die Freiheit kein natürlicher Zustand ist, sondern - wenn Sie mir erlauben, es pathetisch zu sagen - dem natürlichen Strom der Entwicklung in einer geradezu heroischen Anstrengung abgerungen werden muss.

Politik umgibt uns sicherlich von der Wiege bis zur Bahre. All unser Tun ist bestimmt von politischen Verhältnissen und eingehegt von den Mächten und Gebhehnissen der Politik. Aber wir werden ja noch umhüllt von anderen Mächten und Dingen, von der Wirtschaft, von den Bewegungen des Geldes usw., und wir sind deswegen noch nicht gleich entschlossen, grosse Nationalökonomien und grosse Geldtheoretiker zu werden. Ein Lehrer von mir, ein verehrter Universitätslehrer, pflegte es sehr boshaft zu sagen, dass der Ochse noch kein Botaniker zu sein brauche, weil er Heu fresse. Das ist sehr burschikos und übertreibend formuliert; aber es steckt doch wohl ein Kern und ein Körnchen von Wahrheit dahinter. Es ist in der Tat ein sehr weiter Weg vom Erleiden und Erleben bis zum Erkennen und Gestalten der Politik. Wir brauchen also - das ist das, worauf ich hinaus will - Vermittler zwischen dem einzelnen einerseits und dem Staat, der Politik, andererseits. Es gibt ja eine Stufenordnung des politischen Verhaltens, und zwischen dem ~~ix~~ einzelnen und dem Staat müssen in einem langsamen Fortschreiten die politische Bewusstheit und der politische Aktionswille zunehmen. Hegel hat einmal von der List/ der Vernunft gesprochen. Die Menschen werden ja oft durch sehr unvernünftige Triebe und Mächte dazu bestimmt, das Vernünftige zu tun, und auch Staat und Politik müssen ihre List gebrauchen. Und - wenn ich das so sagen darf - die List des Staates heisst die Gemeinde.

Die Gemeinde umgibt ja unseren Alltag. Sie ist für uns die sichtbare Erscheinung der öffentlichen Mächte. Das öffentliche Wesen und die Politik zeigen sich hauptsächlich in der Gemeinde, und daher rührt ihre überragende Bedeutung für die Gewöhnung der Menschen an die Politik. Die Gemeinde hat

sicherlich ihre Politik genau so wie der Staat, und sie hat oft Entscheidungen von sehr harter und einschneidender Art zu fällen. Aber die Politik in der Gemeinde trägt noch nicht dieses dräuende, unbestimmte und ein wenig erschreckende Gesicht jener Politik an sich, die sich die grosse nennt. Daher ist die Gemeinde dazu ausersehen, die Menschen eben vorsichtig und langsam an die Politik zu gewöhnen. Und um den Menschen in das öffentliche und politische Leben einzuführen, vermag die Gemeinde eine sehr gewaltige Macht aufzubieten, nämlich das elementare Gemeinschaftsgefühl. Der Mensch ist ja im letzten Grunde das biologisch hilfloseste Wesen, das der Herrgott erschaffen hat. Er ist nach den Worten des Aristoteles ein *zoon politikon*, ein soziales Wesen, wie man es richtig übersetzen muss. Der Mensch ist nur in der Gemeinschaft lebensfähig, im Gegensatz zu vielen anderen Lebewesen, und daraus wird eben das Gemeinschaftsgefühl als eine elementare Kraft. Es gibt zwar in der Weltliteratur Romane, die das Gegenteil beweisen wollen. Nur unterlässt es etwa zum Beispiel Daniel Defoe doch, auszumalen, wie es ausgelaufen wäre, wenn sein Master Robison ^{er} Crusoe nicht als reifer Mensch die Ausstattung des ganzen sozialen Lebens mit auf seine einsame Insel gebracht hätte, sondern wenn er als Säugling ausgesetzt worden wäre.

In Gestalt der Gemeinde erleben wir also am stärksten diese elementare Gemeinschaft, die für uns das Leben und das Dasein ist. Die Gemeinde - das hat man in jüngsten Jahrhunderten erlebt - verkörpert auch die Demokratie im reinen und grossen ursprünglichen Sinne am stärksten. Die Schweizer Landge-

meinde hat etwa die Demokratie verwirklicht, wie sie nie sonst in der Welt verwirklicht worden ist. Diese Schweizer Landgemeinde ist eine unmittelbare Tat- und Wehrgemeinschaft. Die Bürger versammeln sich da mit umgehängten Stützen auf dem Gemeindefeld, setzen unmittelbar ihre Obrigkeit ein und bestimmen unmittelbar über die Angelegenheiten der Gemeinde. Das ist sicherlich nicht auf die deutschen Verhältnisse so einfach zu übertragen. ~~Nur~~ Nicht nur wegen des Stützens, sondern weil unser Leben nicht mehr kleinräumig genug ist. Aber die Aufgabe der Gemeinde bleibt es immer noch, vorzumachen, was Demokratie ist, und sie hat es am stärksten in der Hand. Sie hat am stärksten die Möglichkeit, zu zeigen, wie unmittelbare Anteilnahme der Menschen am öffentlichen Leben möglich ist. Wir müssen ja sehr deutlich bei aller politischen Erziehung erkennen, dass alle öffentliche Betätigung irgendwie kalt und fern ist, wenn der Mensch nicht in irgendeinem Bereich, und sei er noch so klein, eine unmittelbare Verantwortung trägt, wenn es nicht Dinge gibt, für die er allein verantwortlich ist und gerade steht. So muss also in der Tat der Elementarunterricht zur Demokratie und zur Politik in der Gemeinde erteilt werden, und jeder Pädagoge weiss ja, dass keine Universität und keine höhere Schule das wieder gutzumachen vermögen, was in der Volksschule versäumt worden ist.

In der Gemeinde ist es ja so, dass sich die politische Tat des einzelnen nicht, wie so häufig im staatlichen Raum, in eine dämmerige Ferne verliert. Das öffentliche Wesen

und das öffentliche Wirken des Bürgers bleiben anschaulich und übersehbar. Das Auge des Bürgers kann noch einigermaßen den Weg verfolgen, den das materielle und geistige Scherflein, das er für die Gemeinschaft beisteuert, nimmt. Im Staate geht es zuweilen nicht ohne gewisse hellseherische Fähigkeiten ab.

Alle Politik beginnt - das ist mein Anliegen - mit dem Wissen, dass das öffentliche Geschehen uns etwas angeht. Das ist allerdings weit mehr als nur die Einsicht, dass diese und jene Massnahme der Politik das private Leben des einzelnen berührt. Es ist vielleicht ein Trugschluss, zu meinen, man könnte zur Politik durch den Appell an das individuelle Interesse appellieren. Es leuchtet natürlich auch dem dunkelsten Gemüt ein, dass - um aktuelle Beispiele zu wählen - ein Gestellungsbefehl durchaus in das private Leben eingreift, und dass dies auch Zahlungen tun, die man kraft des Lastenausgleichs zu leisten oder entgegenzunehmen hat. Aber die persönliche Abneigung gegen die soldatische Existenz, der Missmut beim Zahlen oder das Vergnügen beim Entgegennehmen von Zahlungen sind noch lange keine Politik, solange dieses persönliche Für und Wider nicht auf ein Allgemeines bezogen wird, und solange nicht ein Bewusstsein öffentlicher Verantwortung mitschwingt. Denn sonst kann man sich mit den meisten dieser unangenehmen oder erfreulichen Dinge auf einer privaten Ebene schon arrangieren. Nationale - wenn ich so sagen darf - und soziale Drückebergerei werden

auch dadurch noch nicht Politik, dass sie organisiert werden. Man muss vielmehr wissen, welche Vorbedingungen und welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit es etwa - um bei diesem aktuellen Beispiel zu bleiben - ohne Soldaten oder mit Soldaten geht, damit man einen Vermögensausgleich in diesem oder jenem Ausmass durchführen oder unterlassen kann. Politisches Handeln braucht natürlich das eigene Interesse nicht aus dem Auge zu verlieren und tut es auch in der Regel nicht. Aber Politik heisst, ~~xxxx~~ das eigene Dasein durch die Gestaltung allgemeiner Verhältnisse zu formen. Politik und besonders demokratische Politik bedeutet, das öffentliche Leben mit mir und das eigene Leben mit anderen einzurichten. Politik ist also immer Gemeinschaftshandeln, und ohne Gemeingeist kommt es nie zum politischen Handeln. Die Gemeinde kann also in der Tat die hohe Schule für die Erziehung zur Gemeinschaft sein, und sie muss es auch sein, wenn in der Nation je ein Erwachen zur politischen, nationalen und sozialen Verantwortung stattfinden soll.

Man hat jüngst mit grossem Recht zwischen der staatsbürgerlichen und der mitbürgerlichen Erziehung unterschieden. Die Gemeinde ist das Reich des mitbürgerlichen Wirkens und der Partnerschaft, wie man diesen mitbürgerlichen Raum noch genannt hat. Mitbürgerliches Handeln ist das Zusammenwirken jener unmittelbaren Gemeinschaft, deren Urform die Gemeinde ist, und unsere Erziehung für das öffentliche Leben muss in der Tat als mitbürgerliche Erziehung beginnen. Die politische Erziehung kann sich erst darüberwölben, und von den amerikanischen Erziehungsidealen, die uns nicht alle - um

das ehrlich zu sagen - mit fassungsloser Begeisterung erfüllen, erscheint uns das der civic education, der mitbürgerlichen Erziehung in der Schule, doch die fruchtbarste Idee zu sein. Das ist zunächst nicht gemeint als politische Erziehung, nicht einmal als staatsbürgerlicher Unterricht, sondern das ist die Gewöhnung schon in der Schule dazu, in der Gemeinschaft zu leben und Verantwortung für die Gemeinschaft zu empfinden. Das Kind - und das ist die Idee der civic education - soll schon die Schule als eine Gemeinschaft erleben, für die es selber eine Mitverantwortung trägt. Der Gemeingeist, die mitbürgerliche Gesinnung, der Geist der Verantwortung, der Hilfs- und Tatbereitschaft, der Aufgeschlossenheit für die öffentlichen Aufgaben - das ist der Anfang der Politik. Das ist noch nicht die Politik selber; aber es ist das tägliche Brot der Politik. Der Mensch kann noch so viel über die Artikel des Grundgesetzes, über die Paragraphen des Lastenausgleichs, über die Bestimmungen des Generalvertrages wissen; all dieses Wissen ist eitel und nichtig, wenn es erlernt wird wie die koptische Grammatik oder eine chemische Formel, wenn diese Dinge den Menschen nicht in tiefster Seele etwas angehen, und wenn sie nicht als eine Verantwortung, als eine Verpflichtung und als eine Last des Gewissens erlebt werden. Es muss ein inneres Interesse dabei sein. Interesse heisst wörtlich "dazwischen sein". Woanders aber könnte der Mensch dieses seelische Dabeisein am besten vorüber gleichsam als eben in der Gemeinde? Weil die Gemeinde auf Partnerschaft und auf Mitbürgerschaft gegründet ist, lehrt sie uns ein paar Dinge begreifen, die zu aller echten politischen Gemeinschaft, zu aller echten Politik

gehören. Sie lehrt uns einmal, Politik realistisch und lebensnah zu begreifen. Sie, die Gemeinde, lehrt uns, dass demokratische Freiheit nichts ist ohne die Verantwortung, und dass die Tat, die Verwirklichung und das Handeln der Prüfstein aller Politik sind: "An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen!"

Aber das ist etwas, was man in der Gemeinde eben lernen kann. Man darf dann, wenn man die Politik ja an den Früchten erkennen soll, die Bäume nicht schon umhacken, bevor sie auch nur zu blühen anfangen. Innerhalb einer Stadtgemeinde kann man, eben weil die Gemeinde ein Organismus, eine lebendige Gemeinschaft ist, die eine Lehre für die Politik ziehen, dass die Bäume zwar nicht in den Himmel wachsen - auch in Kiel ~~nicht~~ scheinen sie es sich noch zu überlegen, ob sie es tun wollen - , aber man kann erkennen, dass die Bäume erst einmal gepflanzt sein müssen, wenn sie ihre gottgewollte Höhe erreichen sollen. Politik besteht nicht darin, dass man die Bäume alle paar Jahre oder gar alle paar Monate umhackt, weil man der Meinung ist, sie könnten besser einen Meter weiter voneinander entfernt stehen.

Innerhalb einer Stadtgemeinde erkennt man auch eine grosse Lehre für alle Politik, nämlich die, dass eine Regierung noch nicht dadurch demokratisch wird, dass sie auf das Regieren verzichtet. Die Gemeinde lehrt uns nämlich die Notwendigkeit des öffentlichen Willens. Zu der Demokratie vor allem gehört, dass der öffentliche Wille, der Wille des Volkes, auch in Erscheinung tritt. Demokratie ist also durchaus, so zu regieren, dass das Volk regiert. Demokratie

ist aber auch, wie ein gescheiter Engländer gesagt hat, die Kunst, regiert zu werden. In der Gemeinde erlebt man, dass die demokratische Freiheit die Einordnung in ein gemeinsam beschlossenes Werk bedeutet. Man muss nicht nur wissen, wovon man frei sein will, sondern auch, wofür man frei sein will. Man muss wissen - und das wird man wohl in der Gemeinde erlernen können -, ob man Freiheit von der oder Freiheit für die Gemeinde verlangt. Auch die Freiheit der Gemeinde ist nicht Freiheit vom Staat, sondern Freiheit für den Staat. Und in der Gemeinde wird man wohl lernen können, dass es noch nicht genügt, ein schlechter Mitbürger zu sein, um eine grosse Persönlichkeit zu werden.

Die Partnerschaft der Gemeinde ist Tat-und Schicksalsgemeinschaft, von der man sich nicht unter Berufung auf irgendeine Freiheit ausschliessen kann. In der Gemeinde tritt wohl der Wille zur demokratischen Tat noch am stärksten in unserer ganzen Politik in Erscheinung. ^{Es} ~~Das~~ ist wahrscheinlich kein Zufall, dass sich in den beiden letzten Jahrzehnten die deutsche Politik immer, wenn wirklich gehandelt werden musste, Oberbürgermeister herbeiholte. Das scheint mir ein Beweis dafür zu sein, dass der Wille zur demokratischen Tat am stärksten noch in der Gemeinde in Erscheinung tritt.

Es war von mir so viel von Partnerschaft und Mitbürgerschaft die Rede, dass ein warnendes Wort angefügt werden muss. Man hat, als man die Partnerschaft, die Mitbürgerliche Erziehung, entdeckte und darin mit Recht grosse, wegweisende Ideen der Moderne erkannte, geglaubt, den Gedanken der staatsbürgerlichen Erziehung über Bord werfen zu können. Aber es ist sehr vor der

Gefahr zu warnen, die Idee der Partnerschaft und der Mitbürgererschaft in eine teilchenblaue Romantik sentimentaler Brüderlichkeit zu verwandeln. Der Staat ist noch nicht tot, und wir haben kein Recht, ihn vorschnell für tot zu erklären. Die wichtigsten Entscheidungen unseres Lebens fallen noch immer auf der Ebene des Staates und der Politik. Nehmen wir nur einmal das Beispiel der Weimarer Republik. Im Bereiche der Partnerschaft, der Sozialpolitik und der mitbürgerlichen Zusammenarbeit waren damals die meisten Dinge hervorragend in Ordnung, und die vierzehn Jahre der Weimarer Republik sind eine Periode beispielhafter sozialpolitischer und städtebaulicher Arbeit. Aber die Schlacht um die deutsche Republik ist auf der Ebene des Staates und der Politik verloren worden. Das ist die Warnung, nun das Staatsbürgerliche nicht zugunsten des Mitbürgerlichen gering zu schätzen. Sicherlich ist alle staatliche und politische Ordnung nichtig, wenn sie der Wurzeln im mitbürgerlichen Raum entbehrt. Aber die grossen Fragen der Zeit werden nicht allein, so wichtig diese Dinge sind, durch Kindergärten und Wohnsiedlungen entschieden. Aus solcher Illusion würde man rasch erwachen, und man würde dann eines Tages wieder so weit sein, dass durch das Wirken und Versagen des Staates als das zerstört wird, was die Gemeinde aufgebaut hat. Es gibt ja nicht nur die Gemeinde in der Welt. Die Gemeinde kann viele und wesentliche Dinge nicht leisten. Sie bedarf des Schutzes des Staates. Sie bedarf einer Umwelt, die ihr Tun und Wirken fördert. Es gibt mit einem Wort die freie

Gemeinde nur im freien Staat.

Auf der anderen Seite gibt es einen freien Staat nicht ohne die freie Gemeinde. Jede Demokratie verrät nur sich selbst, die irgendwie den Gedanken der Selbstverwaltung antastet. Denn die Idee der Selbstbestimmung der Bürger - und nicht nur der Bürger, sondern all ihrer natürlichen Verbände und Gemeinschaften - ist der Lebensatem der Demokratie. Denn wenn nur noch der einzelne frei ist, dann stirbt die Demokratie sehr rasch. Frei muss der Bürger sein, frei aber auch die Gemeinde, frei die Nation und frei sogar der Staat.

Staat und Gemeinde können also nur gedeihen, wenn sie aneinander und durcheinander, ihre Erfüllung finden. Schwerpunkte und Akzente des Gemeinschaftshandelns in Staat und Gemeinde mögen und müssen verschieden sein. Aber sie beide müssen voneinander etwas haben: die Gemeinde etwas vom Wesen des Staates, von seiner Kraft, von seiner Entscheidungsgewalt und von seinem in die Zukunft gerichteten Drängen; der Staat etwas vom Wesen der Gemeinde, von ihrer mitbürgerlichen Verantwortung, von ihrem Realismus, von ihrer Einfügung in geprägte Ordnung und in das Gesetz gemeinschaftlichen Schaffens, von ihrer Partnerschaft der Tat. Die Gemeinde muss in der Tat in einer Weise ein Staat im Kleinen und der Staat eine Gemeinde im Grossen sein.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einmal an das anknüpfen, womit ich begann. Der Freiherr vom Stein begriff die Gemeinde als die Samenzwiebel, aus der die Kraft der Nation wieder emporwachsen würde. Und in der Tat muss der Blick von der Gemeinde aus gerichtet sein auf einen grösseren Raum. Von

der Solidarität der Gemeinde/^{aus}müssen wir alle fortschreiten
zur Solidarität der Nation. Und - wenn ich damit schliessen
darf - über all unserer Arbeit in der Gemeinde und auch über
der Kieler Woche leuchtet ja die Hoffnung, dass einmal ein
Deutschland wieder-erstehe als eine grosse Gemeinde aller
freien Deutschen.

(Langanhaltender, lebhafter Beifall.)

Stadtpräsident Schmidt:

Meine Damen und Herren! Ihr Beifall am Schluss der Ausführungen des Herrn Professors Freund zeigt, in welcher wirksamer und eindrucksvoller Weise der Referent es verstanden hat, die Bedeutung und die Wichtigkeit der Gemeinde als politische Zelle zu behandeln. Ich darf Herrn Professor Freund für die hier gemachten Ausführungen herzlichst danken.

Und nun, meine Damen und Herren, hochverehrte Festversammlung, kommen wir zum nächsten Punkt unserer Tagesordnung. Es ist mir eine ganz besondere Ehre, heute eine Auszeichnung verleihen zu dürfen, durch die die Stadt Kiel sich an den hohen kulturellen Aufgaben, die den öffentlichen Selbstverwaltungen gestellt sind, in würdiger Form beteiligt.

Nachdem in der Sitzung der Ratsversammlung vom 27. und 28. März einstimmig dem Vorschlag des Kultursenats zugestimmt wurde, in diesem Jahre zum ersten Male den Kulturpreis für bedeutende Leistungen auf dem Gebiete der Wissenschaft und Künste zu verleihen, konnte er nur einem Mann zufallen, dessen schöpferisches Wirken einmalig und bedeutend aus unserer Zeit und Umwelt hervorsticht. Die Wahl fiel auf den bedeutendsten schöpferischen Künstler unserer Heimat, den bald fünfundsiebzigjährigen unvergleichlichen Meister der Farbe und des Zeichengriffels, Professor Dr. h. c. Nolde. Am Abend seines Schaffens soll dem Meister durch die Verleihung des Kulturpreises ein dankbares Zeichen unserer tiefen Verehrung gegeben werden. Selten hat ein Künstler die Welt und unser Land mit so hohen, unbekanntenen neuen Werten zu beschenken und zu

bereichern gewusst. Diese Werke der Malkunst und Graphik sind kostbare Gaben, entstanden aus einem fast unerschöpflichen Reichtum einer genialen Begabung, einer kraftvoll gestaltenden Hand. Es ist wohl das Schicksal eines jeden Grossen in den bildenden Künsten, unter grossen Missverständnissen, ja, Verfolgungen das einsame Los eines echten künstlerischen Gestalters, kompromislos zu tragen. Allein schon diese Tatsache wird alle Einsichtigen und Verständigen in Nolde und seinem Schaffen ein leuchtendes Beispiel von der Würde, aber auch von der Bürde wahrer Schaffensfreiheit und Verantwortlichkeit des Künstlers erblicken lassen.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, das bedeutende künstlerische Schaffen Noldes hier erschöpfend zu behandeln. Die Farbe und Formgebung aber wird den Nachempffindenden zu echtem Erlebnis und zu tiefer Ergriffenheit führen. Bescheidener Dank kann es nur sein, wenn die Stadt Kiel in ihren erwählten Vertretern dem genialen Meister die höchste Ehrung erweist, die sie für das kulturelle Leben zu vergeben hat. Ich bitte die Versammelten, sich zur Ehre Noldes von den Plätzen zu erheben.

Ich verlese jetzt die Urkunde:

Dem Seher und Gestalter einer neuen, farbigen Welt,
Emil Nolde, verleiht als erstem Träger die berufene
Vertretung der Stadt Kiel ihren Kulturpreis.

Gezeichnet Stadtpräsident Schmidt

Gezeichnet Oberbürgermeister Gayk

Ich danke Ihnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war dem grossen Künstler infolge seines hohen Alters nicht möglich, die feierliche Überreichung der Urkunde persönlich mitzuerleben. Die Übergabe wird daher in aller Kürze erfolgen. Und jetzt wird diese Urkunde zur späteren Besichtigung auf den Tisch dort niedergelegt.

Meine Damen und Herren! Wir haben uns nun mit dem nächsten Punkt unserer Tagesordnung zu beschäftigen, und zwar mit der Auszeichnung einer Schule für besondere pädagogische Leistungen.

Im Rahmen des Wiederaufbaues unserer Stadt stellt die Wiederherstellung der Schulen und des Schulwesens ein besonders schwieriges Problem dar. Diese grosse Aufgabe kann aber durch den Wiederaufbau der Gebäude und durch die Einstellung von Lehrkräften nicht allein gelöst werden. Es kommt entscheidend darauf an, dass sich der Aufbau auch in geistig-pädagogischer Hinsicht den modernen Forderungen nicht entzieht. In vielen pädagogischen Leistungen der Kieler Schulen ist schon wiederholt ein zeitgemässer, undogmatischer Geist zum Ausdruck gekommen.

Um diese besonderen Leistungen der Schule anzuerkennen und zu weiterer Aktivität anzuspornen, ist der Gedanke aufgetaucht, jährlich in der Festsitzung der Ratsversammlung der Schule, die sich besonders hervorgetan hat, eine Auszeichnung zu verleihen. Frau Stadtschulrätin Jensen in ihrer Eigenschaft als Vertreterin der staatlichen Schulaufsicht hat vorgeschlagen, die Fröbel-Schule, Mädchenvolksschule am Kleinbahnhof, Leiterin Frau Rektorin Benedix, für ihre besonderen pädagogischen

Leistungen auszuzeichnen. In der Begründung heisst es:

"Die Fröbel-Schule hat bisher unter besonders engen Raumverhältnissen im teilzerstörten Gebäude arbeiten müssen. Trotz der schwierigen Verhältnisse ist unter der regen Anteilnahme der Elternschaft auf verschiedenen Gebieten des pädagogischen Lebens Überdurchschnittliches geleistet worden. Hervorzuheben sind besonders die Versuche auf dem Gebiete der Ganzheitsmethode und die Einrichtung einer freihändigen Schülerbücherei. Linie und Haltung der Schule aber werden bestimmt durch die Betonung der musischen Erziehung. Musik und Bewegung bestimmen weitgehend das Leben der Schule. Ziel dieser Arbeit ist, eine für die kulturellen Werte aufgeschlossene Jugend zu erziehen. In Anerkennung der bisherigen Leistungen werden der Fröbel-Schule für die Pflege der musischen Erziehung einige der für Schüler geschaffeneⁿ Orffschen Musikinstrumente zum Geschenk gemacht."

Diese Instrumente liegen dort auf dem Tisch bereit. Die Musikgruppe der Fröbelschule wird uns nun zeigen, dass sie diese Instrumente zum Leben zu erwecken weiss. Der Leiterin der Fröbel-Schule, Frau Rektorin Benedix, überreiche ich hiermit die Anerkennung der Stadt Kiel mit herzlichem Dank und herzlichem Glückwunsch. Ratsversammlung und Stadtführung werden sich glücklich schätzen, wenn sie noch recht oft in der Lage sein werden, Ihre Schule auszuzeichnen.

Und nun kann das Spiel beginnen.

(Es folgt eine Musikvorführung der Musikgruppe der Fröbel-Schule.)

Hochverehrte Festversammlung! Die Festsitzung der Ratsversammlung geht ihrem Ende entgegen. In wenigen Minuten wird sie der Vergangenheit angehören. In die Geschichte unserer Stadtvertretung und der Kieler Woche aber wird sie eingehen als ein Ereignis besonderer Art. Ich darf hoffen, dass diese Festsitzung auch in Ihrer Erinnerung fortleben wird als eine Veranstaltung, die dem Wesen der Kieler Woche gerecht wurde und dazu beigetragen hat, unser Wollen und unsere Zielsetzung deutlich sichtbar zu machen.

Herrn Professor Freund danke ich nochmals herzlichst für die eindrucksvollen Ausführungen über die ausserordentliche Bedeutung der Gemeinde als Zelle des politischen Lebens. Den Mitgliedern der Selbstverwaltungskörperschaften und darüber hinaus allen Bürgerinnen und Bürgern unserer Zeit wird es in hohem Masse bei diesen Ausführungen klar geworden sein, wie wichtig ihre Tätigkeit in den Selbstverwaltungsorganen der Gemeinden ist, und wie wirkungsvoll sie werden kann.

Mein herzlicher Dank gilt aber auch der Musikgruppe der Fröbel-Schule für das fröhliche Musizieren. Ein solcher Abschluss einer Festversammlung mag ungewöhnlich sein. Ich bin aber überzeugt, dass gerade darum diese Festsitzung in uns fortklingen wird, und ich gebe der Hoffnung Ausdruck, dass uns allen ein wenig von der Beschwingtheit dieser soeben gehörten musikalischen Darbietung vermittelt wurde.

Liebe Gäste! Meine Damen und Herren! Möge diese Beschwingtheit

uns durch die Festtage der Kieler Woche und vielleicht darüber hinaus begleiten. Mit diesem Wunsch und mit einem nochmaligen Dank an alle, die zum Gelingen dieser Festsetzung beigetragen haben, schliesse ich die Sitzung.

Admich
Stadtpräsident

Steinert
Ratsherr

Neumann
Ratsherr
(Schriftführer)

Stadt Kiel
Der Oberbürgermeister Kiel, den 4. 7. 52
- Hauptamt -

1.) Widerspruch

2.) U

Herrn Stadtrat
zurückgesandt.

Hauptpräsidenten

(Gayk)

H a u p t a m t

Kiel, den 1.7.52

1. Je eine Abschrift der Niederschrift über die Fest-
setzung der Ratsversammlung vom 23.6.52 erhalten:

a) das Büro des Stadtpräsidenten, *Kinnor*

b) das Schul- und Kulturamt. *Werner 8/7*

2. Z.d.A.

I.A.

Kinnor